

Materialgipfel 10.6.2021

Wichtigste Ergebnisse

- Die **Preissteigerungen** und **Lieferengpässe** haben sich für viele Betriebe zu einem ernststen Problem und einer Bremse für die konjunkturelle Erholung entwickelt.
- Die Ursachen und Lösungsansätze unterscheiden sich für einzelne Branchen und Materialien, beispielsweise wirken **Lieferausfälle** und Störungen der Logistik nach. Hier besteht die Hoffnung auf eine baldige Entspannung. Bis zum Herbst dürfte sich auch die konjunkturelle Nachfragesituation normalisieren und Knappheiten durch Produktionsausweitungen entspannen. Einige Engpässe dürften jedoch erst mit dem Aufbau neuer Kapazitäten abnehmen, etwa für Halbleiter.
- Hinzu kommen **handelspolitische Eingriffe**, etwa der USA und Russland. Daher ist der Einsatz für den Abbau von Zöllen ein wichtiger Lösungsbeitrag – dafür müssen sich der Bund und vor allem die EU stark machen. Eigene Exportbeschränkungen bieten hingegen kaum Linderung, bergen allerdings große handelspolitische Risiken und können die eigene Versorgung gefährden
- Zur Lösung dauerhafter Engpässe müssen Unternehmen ihre **Kapazitäten erweitern**. Das setzt attraktive Investitionsbedingungen und schlanke **Genehmigungsverfahren** voraus. Das Wirtschaftsministerium bittet um Rückmeldung, wenn es bei konkreten Projekte zu Verzögerungen kommt. Das Land arbeitet an einer weiteren Deregulierung, wo dies möglich und sinnvoll ist, und setzt sich beim Bund für eine 1:1-Umsetzung europäischer Vorgaben.
- Auch der **Fachkräftemangel** schränkt vielfach eine höhere Auslastung und den Ausbau von Kapazitäten ein.
- **Heimische Rohstoffe** (z. B. Holz, Sand, Gips, Kies) spielen eine wichtige Rolle zur Versorgungssicherheit. Die Entschlackung des Landesplanungsrechts war hilfreich, kommt aber in den Regionen nur mit Verzögerung an.
- Die Nutzung von **Sekundärrohstoffen** (Recycling) kann die aktuellen Probleme lindern. Je mehr und je einfacher Recycling-Rohstoffe als Ersatz verfügbar sind, desto eher wirken diese preissenkend.
- Ein Ausbau der „**Circular Economy**“ leistet zunehmend wichtige Beiträge zur Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen und Materialien. Dies wollen alle Beteiligten stärker vorantrieben.
- Der **Holzbau** spielt eine wichtige, wachsende Rolle für den **Klimaschutz**. Die Intensivierung der Forschung zu alternativen Baustoffen kann mittelfristig wertvolle Beiträge leisten.
- **Rohholz** steht derzeit in großen Mengen zur Verfügung, gerade sog. „Schadholz“. Engpass sind die Sägewerke, die unter Vollauslastung arbeiten. Daher wächst auch die **Schmitt Holzmenge** im Inland.
- Das sog. „Schadholz“ ist qualitativ gleichwertig und im Ausland sehr gefragt. Das gilt es immer wieder klarzustellen.
- Eine Verlängerung der **Kurzarbeiterregelung** hilft vielen Branchen mit akuten Engpässen.
- Alle Beteiligten setzen auf einen **fairen Umgang** von Geschäftspartnern untereinander – nicht zuletzt um Beziehungen langfristig zu sichern. Kompromisse lassen sich so schneller herbeiführen als gesetzliche Änderungen.

- Die Marktteilnehmer sind aufgefordert, unnötige Marktverwerfungen zu vermeiden, vor allem durch Mehrfachbestellungen und spekulative Lagerhaltung.
- Bei deutlichen Kostensteigerungen in laufenden Projekten sollten sich Vertragspartner gemeinsam an einen Tisch setzen und Kompromisse aushandeln. Schließlich haben immer alle Beteiligten ein Interesse an einer Fertigstellung von Projekten.
- Auf Auseinandersetzungen um **Konventionalstrafen** bei Lieferengpässen sollte verzichtet werden, zumal ein Verschulden juristisch in der Praxis schwierig nachzuweisen und Auseinandersetzungen langwierig wären.
- Die Ministerinnen und der Minister appellieren gerade auch an die **öffentlichen Auftraggeber** im Land, im Falle deutlicher Kostensteigerungen so weit wie möglich Flexibilität zu zeigen. Die Preissprünge erfordern ein „Aufeinanderzugehen“, da auch die Auftraggeber ein Interesse daran haben, dass Bauten ohne Zeitverzögerung fertiggestellt werden können, zumal jeder Zeitverzug weitere Kosten verursacht. Die Ministerinnen und Minister werben über ihre Pressearbeit und Kontakt zu den Kommunalen Spitzenverbänden für ein entsprechendes Bewusstsein.
- Auch kommunale Auftraggeber sollten prüfen, wo sich **Preisgleitklauseln** nutzen lassen. Sonst könnten sich viele Bieter von öffentlichen Aufträgen zurückziehen – vor allem wenn die Angebotsverarbeitung lange dauert und dadurch die Kalkulation überholt ist. Eine Weitergabe der Kosten schränkt allerdings auch den finanziellen Spielraum der Auftraggeber ein und führt daher kaum zu höheren Auftragsvolumen. Zudem könnten Anbieter benachteiligt werden, die mit höheren Kosten kalkuliert haben und Aufträge deshalb nicht bekommen haben.
- Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung hat die Bundesministerien für Inneres und für Wirtschaft kontaktiert, um Fragen zur vergaberechtlichen Auslegung und zur Zulässigkeit von Preisgleitklauseln insbesondere bei geförderten Projekten zu klären.
- In der aktuellen Situation ist die **Sensibilisierung für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen** wichtig. Die Versorgung mit Materialien ist eine strategische Aufgabe. Eine umfassende **Rohstoffstrategie** für NRW kann zur Lösung der Probleme beitragen.
- Wirtschaftsminister Pinkwart bringt die Vorschläge des Materialgipfels am 17./18. Juni in die **Konferenz der Wirtschaftsministerinnen und Wirtschaftsminister** mit dem Bundeswirtschaftsminister ein.
- Auf einer **Folgeveranstaltung** werden die Ergebnisse des **Rohstoffberichtes des RWI** vorgestellt, den das Wirtschaftsministerium 2020 beauftragt hat.